

Erstausgabe in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ein Jahr 1.20 M. 60 Pf. 20
Cent.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
3. Monat halbjährlich angenommen; im
Folge, Sachverhalt und Bezugs-Adressen
Mittwoch auch auf den 1. Monat
des Monats 54 Pf.
Inserate
best. Veranlassungen fr. Beilage 10 Pf.,
best. Privatangelegenheiten und Best. 20
Beilage 30 Pf.

Vorwärts

Verstellungen
nehmen an alle Verhältnisse und
Veränderungen des 2. Reiches.
Hilf-Expeditionen.
Rem.-Post. Exp.-Bureau. Groß-
schäftsvermittlung, 154 Südliche Str.
Philadelphia: 2. Hof, 200 North
3rd Street.
3. Hof, 1129 Charlotte Str.
Chicago: 2. Kaufmann, 296 Divi-
sion Street.
San Francisco: 2. Hof, 418 O'Far-
rell Street.
London: 2. Hof, 2 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 17.

Mittwoch, 8. November.

1876.

Hunger — Verbrechen — Wahnsinn*).

Das sind die Worte, die das Menschenherz mit Grausen erfassen, die in ihrem Zusammenhang der heutigen Gesellschaft den Stempel aufdrücken, weil sie die maßlose Ausbeutung der Arbeitskraft in ihrer furchtbaren Konsequenz uns vor Augen führen.

Und daß wir die drei Tugenden jetzt so oft vereint sehen in ihrer grausigen Wirksamkeit, das hat seine Ursache ja selbstverständlich in dem schwindelhaften und grenzenlos übermühtigen Aufstiege des Kapitalismus in der Gründerperiode, wo sich die ganze Welt fast anbetend vor dem goldenen Kalbe beugte. Dies Gebahren in jenen Jahren hat sich zu einer der langwierigsten und tiefstschneidendsten Arbeitskrisen in der Jetztzeit gestaltet.

Man möge nicht sagen, daß wir zu schwarz malten, daß vielmehr der Hunger doch nur selten in so großer Kraft auftritt, daß das Verbrechen doch meistens andere Ursachen habe und ebenso der Wahnsinn.

Jede Zeitungsnummer berichtet uns von Selbstmorden, welche die Noth hervorruft; jeder Polizeibericht meldet uns von Angriffen auf das Eigentum, hinter welchen der Hunger als Treiber steht, und vielfach hört man, daß auf offener Straße Personen direkt vom Hungerwahnsinn ergriffen werden.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Berlin, daß in dem Nachbarort Friedrichshagen am 1. und 2. November große Aufregung geherrscht habe, da ein Schuhmacher, Namens Lorenz, am Montag Nachmittag sämtliche Fensterscheiben des von ihm mitbewohnten Hauses zerbrach, damit er verhaftet werde, weil seine Familie schon seit drei Tagen nichts zu essen gehabt habe. Des andern Tages früh kam er in den Laden des Kaufmanns Groß, schwang ein Beil und verlangte für seine hungernde Familie Brot, das man ihm auch gab. Die „Vossische Zeitung“ fährt darauf wörtlich fort: „Da der Mann ganz den Eindruck eines Verirrten machte, wurde er vorläufig in Obsterwartung genommen.“

Wir sind nun überzeugt, daß der hungernde, verbrecherische, irrsinnige durchaus nicht in der Weise irrsinnig war, wie man dem oberflächlichen Leser aufzudrücken versucht, vielmehr ist es augenscheinlich der Hungerwahnsinn, den wir bei dem Manne sehen.

Die Zeitungen der herrschenden Gesellschaft suchen dies natürlich zu vertuschen; sie möchten die ganze Sache gern umbrechen. Der Mann ist irrsinnig gewesen, deshalb hat seine Familie kein Brot gehabt, deshalb verübte er einen Raub — denn nichts Anderes ist es, wenn man mit einer Waffe in der Hand ein Geschenk von Jemandem erzwingt.

Wie liegen ja auch die Hoffnungen, daß bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung der Arzt den Irren konstatirt, damit der Verurtheilte nicht auch noch ins Gefängnis wandern muß; doch wäre es im Interesse der Menschheit, wenn der Arzt auch zugleich die Ursachen desselben öffentlich mittheilte.

Vor nicht allzulanger Zeit wurde in Berlin selbst ein Mensch von der Polizei in Gewahrsam gebracht, bei dem der Hungerwahnsinn konstatiert worden ist; täglich ertränken oder erhängen sich Hunderte von Personen in Deutschland im Wahnsinn, den der Hunger hervorgerufen hat.

Und bei vorliegendem Falle liegt die Sache doch sehr einfach und klar:

Die Kräfte hat die Arbeitslosigkeit hervorgerufen, der Schuhmacher verfiel zunächst seine geringen Habeligkeiten, er erhält dazwischen ab und zu Arbeit, endlich ist Alles veräußert, die Kinder gehen darauf betteln, doch da die Strafe voller Bitterkeit ist, da die meisten Bettlerkinder raffiniert sind, so kommen die Kleinen ohne Erfolg nach Hause, und der Hunger hält jetzt ganz ungenirt Einzug in das Haus des Arbeiters. In den ersten Tagen sitzt die Familie in dumpfer Verzweiflung da, dann fängt der Hunger an zu quälen; die Mutter weint, die Kleinen rufen: „Vater, gib uns Brot!“ Dem Ausrufen brechen selbst schon die Eingeweide, das Gewimmer der Kleinen ertönt öfter, ihr Wachen wird schreier und lauter — er springt auf, rennt durch die kalte Stube, seine Augen glänzen, da kommt ihm ein Gedanke, der Gedanke der Verzweiflung. Er will ins Gefängnis, dann ist die Gemeinde zur Erhaltung seiner Kinder verpflichtet. Das Auge leuchtet wild auf, es ist das Verlangen des heranziehenden Wahnsinns.

Die Fenster klirren — er jauchzt auf; die Nachbarn laufen zusammen, doch immer noch kein Schutzmann, kein rettender Schutzmann. Sein Arm ist erlahmt, die Nachbarn bringen ihn zur Ruhe. Dampf bräutend sitzt der Unglückliche in einer Ecke, da fällt sein Blick auf das naheliegende Holzbeil. Soll er es ergreifen? Soll er den Kleinen, die vor Hunger eingeklappt sind und leise stöhnend von den Herrlichkeiten träumen, die in dem nächsten Bäckerdosen ausgepackt liegen, mit demselben die Schädel spalten, soll er sein treues hungerndes Weib morden? Schon ist er im Begriff es zu thun; da denkt auch er an den naheliegenden Krämerladen, an das Brod, an den Kaffee, an den Speck, die dort liegen — er wird ruhiger! Des anderen Morgens ergreift er das Beil und erzwingt sich ein Brod; diese That — es ist ja ein Verbrechen — greift die erbliche, von Hunger zerrüttete Natur gewaltig an, und der Wahnsinn, der schon einige Tage im Hinterhalt lag und auf sein Opfer lauerte, springt rathlos hervor und umschlingt den Aermsten mit seinen schrecklichen Krallen.

Die Familie ist vorläufig zwar gerettet, da durch das auf-fallende Ereigniß die Menschen aufmerksam gemacht worden sind

und die Familie unterstützen; aber das Glück derselben ist auf die Dauer zerstört, der Ernährer und Erzieher fehlt, er ist wahnsinnig. Hunger, Verbrechen und — Wahnsinn winken den Zurückgebliebenen auf's Neue.

Das ist eine einfache Geschichte. Sie wäre des Erzählens und der Betrachtung eigentlich nicht werth, wenn sie nicht als gewaltige Anklage an die heutige Gesellschaft das Verbrechen vorhält, welches sie an ihren Gliedern verübt, die der heutigen Gesellschaft die gleisnerische Maske der Humanität und der Menschenliebe unerbitlich herunterreißt, mit welcher sie sich bedeckt.

So reihen sich aber an solche Erzählungen weitere ähnliche Geschichten, bis das Raub endlich voll wird, bis das Volk vollständig zur Einsicht kommt und auf dem Wege des Sozialismus die nothgedrungene Aenderung der Gesellschaft herbeiführt.

Auslast des Hungers, des Verbrechens, des Wahnsinns, die uns jetzt überall anstarren, werden wir dann die Freude und den Frieden sehen, die gemeinsam unter dem Volke wohnen.

Das Geld.

Von Adolf Douai.

III.

Es ist kein Wunder, daß die „Staatsmänner“ („Staatsleute“ wäre wohl richtiger) der Gegenwart keinen Gebrauch von einem ausschließlich künstlichen Gelde machen, trotzdem sie wissen, daß es dem Staate aus seiner unablässigen Mittellosigkeit helfen könnte. Wer sagt wohl gern den Akt ab, auf dem er sitzt? Der Akt aber, auf welchem die Staatsleute sitzen, sind die Geldbesitzer, das Kapital in allen seinen Formen. Diese mögen natürlich nichts vom Abhandeln wissen.

Die amerikanische Arbeiterpartei, welche das künstliche Geldsystem zu ihrer Hauptforderung an den Staat gemacht hat — ist so gutmüthig zu glauben, die Kapitalisten würden ein Gesetz in diesem Sinne zulassen, oder, wenn es merkwürdigerweise zu Stande käme, es nicht umzustößen wissen? Diese kindliche Unschuld, sollte man sie in Amerika suchen? Oder ist das vielleicht eine Folge des Selbstvertrauens der amerikanischen Arbeiter, welche die Kapitalisten im Handumdrehen in den Sack zu stecken gedenken, wenn diese wackeln? Keines von beidem. So viele der Parteiführer nicht verkaufte Leute sind, so viele sind durch die unauflösbare Wahrheit der Idee des künstlichen Geldes geblendet bis zu einem solchen Grade, daß sie die Hindernisse gar nicht sehen, welche ihrer Verwirklichung entgegenstehen. Sie sehen nicht, daß nur ein sozialdemokratischer Staat diese Geldidee wolle und ausführen kann, und daß die allgemeine Mehrheit der amerikanischen Stimmgeber selbst keine Kapitalisten sind oder werden möchten, also die Idee nicht aufrecht und nachdrücklich wollen können. Man muß sie also erst zur Sozialdemokratie, welche ihnen jetzt noch viel zu revolutionär vorkommt, bekehren, ehe sie ernstlich die Kunstgeld-Idee wollen können.

So lange noch jede beliebige Menge Stimmen für jede Partei, welche das Stück mit fünf Dollars bezahlen kann, zu haben ist, so lange keine überzeugungstreue Sozialdemokratie durch Agitation und die allgemeine Noth erzwingen wird, so lange bleibt die Greenback-Partei eine Quackalberner.

Das Kapital hat verhältnismäßig wenig gegen das Papiergeld einzumenden, so lange es auf Hartgeld gegründet ist, mag es nun gesetzlichen Zwangslauf haben oder nicht, wenn nur der Staat nicht seine volle Souveränität dadurch bekommt, welche er bekommen würde, wenn er das Hartgeld verböte, oder für alle inländischen Zahlungen ungesetzlich erklärte; wenn er also selbst nicht mehr genöthigt wäre, zum Münzprägen Gold zu taufen, vielmehr sich jede benötigte Menge Geld durch bedrucktes Papier verschaffen könnte. Das kann das Kapital unmöglich wollen, und das kann es allezeit verhindern, so lange nicht die große Mehrheit der Bürger Sozialdemokraten und im Besitze der Macht sind. Das zuzulassen wäre seitens des Kapitals Selbstmord; denn eben dadurch siele der Staat der Sozialdemokratie in die Hände, müßte sich ganz auf die Arbeitermassen lehnen, würde durch den Druck der Verhältnisse kapitalfeindlich und genöthigt, Grund und Boden, sowie alle großen Arbeitsmittel in den Gemeinbesitz zurückzunehmen, kurz würde aus einem „Rechtsstaat“ ein Gerechtigkeitsstaat.

Allein wenn auch irgend ein bestehender Staat soviel Staatsmannschaft besäße, um sich ganz dem arbeitenden Volke in die Arme zu werfen und ganz mit dem Kapital zu brechen — so würde dies ein bedenklicher Versuch bleiben, so lange er unter den Staaten damit allein stünde. Denn bei der internationalen Verbindung des Kapitals würde dieses dem Neuerer von Staat arge Kämpfe heraufbeschwören können. Die Greenback-Partei ist auch darin unwissend, daß die Arbeiter mehr als eines Landes dazu gehören, um die Arbeit über das Kapital freizusetzen zu machen. Sie läßt die große geschichtliche Erfahrung der ersten französischen Republik außer Acht, des einzigen Staates, welcher gerade diesen Versuch kühn unternommen hat, aber damit scheiterte und dem Kapitalismus und Militarismus anheimfiel, weil ganz Europa gegen den Neuerer zu den Waffen griff, und bei so großer Gefahr die Furcht vor Verrath im Innern alle grundsätzlichen Denker verächtlich machte, und alle weiteren Neuerungen unmöglich wurden.

Uebrigens theilt die amerikanische Papiergeld-Partei noch eine Anzahl abergläubiger Vorurtheile betreffs des Geldwesens, und selbst ihr Gewährsmann, Edw. Kellogg, theilte sie. Er meinte, und sie beten es ihm nach, daß die vorhandene Geldmenge von wichtigem Einfluß auf das Volkswohl sei; daß ein

nachtheilig als ein Juwenil sei; daß also der Staat für ein „sich selbst regelndes Umlaufsmittel“ sorgen müsse, und zwar indem er jederzeit den Leuten für überflüssiges Papiergeld verzinste Schuldscheine (zu 1 oder 1/2 Prozent) und für diese Schuldscheine auf Verlangen wieder Papiergeld umtausche. Seine Nachbeter haben nun freilich eingesehen, daß ein so geringer Zinssatz fast Niemanden bewegen würde, Geldsummen, welche nicht sofort verwendbar sind, in Staatsschuldscheine umzuzeigen, sondern daß Jedermann lieber das halbe Prozent verlieren würde, als sein Geld ein Jahr lang unversüßbar zu lassen; daß also das Umlaufsmittel dadurch nicht geregelt, sondern zu An-lagen benutzt werden würde, welche mehr als 1 Prozent Gewinn versprächen, aber doch durch den Geschäftsstand nicht gerechtfertigt wären. Sie schlagen also 3,65prozentige Schuldscheine vor.

Allein dadurch würden sie erstens den Kapitalismus, den sie bekämpfen wollen, verewigen; zweitens aber sieht es schon heute Jedermann frei, sein müßiges Geld in Staatsschuldscheine und umgekehrt umzutauschen, und dennoch wird dadurch der Geldumlauf so wenig geregelt, daß ein paar Hundert Millionen Baargeld in den Bäumen mächtig liegen, während allgemeiner drückender Geldmangel seit Jahren andauert. Daraus ergibt sich doch wohl schlagend, daß nicht die vorhandene Geldmenge, sondern deren Vertheilung den wichtigen Einfluß hat, der vom Gelde erwartet wird. Da sich nun Kellogg nicht — und seine Nachbeter noch weniger — über die richtige Art der Vertheilung der Umlaufsmittel klar ist, so ist die ganze Lehre „für die Kay“.

Da das Geld überhaupt nur einen Werth hat, wenn es jederzeit und in wenig schwankendem Verhältniß gegen Waare, und die Waare gegen Geld umgesetzt werden kann, weil es an sich gar kein Gebrauchswert ist, sondern in einem solchen immer erst vorher verwandelt werden muß, so ist nicht in der richtigen Vertheilung des Geldes, sondern in der richtigen Vertheilung der Waaren-Erzeugung und des Waarenverbrauchs das soziale Heilmittel zu suchen. Ein Stoden des Geldumlaufs ist immer die Folge davon, daß zu viel Waaren oder Werthe vorhanden sind, für welche keine Nachfrage ist, oder daß zu viel Nachfrage nach Waaren oder Werthen ist, für welche es kein Angebot giebt, oder daß — wie gewöhnlich — beides zugleich stattfindet. Mit andern Worten: wer seine Waare oder seine Dienste verkaufen kann, zahlungsfähige oder vertrauenswürdig Abnehmer findet, der braucht um das Baargeld dafür nicht verlegen zu sein. Darüber aber haben die „Greenbacks“ ebensowenig Studien angestellt, als unsere Gegner. Sie alle wissen nicht, was wir wissen, nämlich:

1. Die ungleiche Vertheilung der Güter entspringt daraus, daß Produktion und Consumption dem Zufall überlassen sind, anstatt vernünftiger wissenschaftlicher Berechnung. Und dieser Zufall äußert sein überwiegend verwerthliches Spiel durch das Privat-Eigentum am Boden und den großen Arbeitsmitteln. Er kann nur durch Uebergang dieses Privat- in gemeinsames Betriebskapital vermindert werden.

2. Sobald dies geschieht, die Sachverständigen jedes Faches also, in Körperschaften über die ganze Kulturwelt hin vereinigt, die Mittel friedlich vereinbaren, um Produktion und Consumption überall in's Gleichgewicht zu setzen, giebt es nur noch feste Preise für jede Art Waare, welche mit der Produktivität der Arbeit allmählich um ebensoviel abnehmen, als die Dienste des Arbeiters im Werthe zunehmen.

3. Alsdann ist die Menge des umlaufenden Geldes fast gleichgültig, weil weder Produktion noch Consumption jählings wachsen, oder abnehmen kann. Da Niemand vom Anhäufen des Geldes mehr großen Vortheil haben kann, schon weil es wenig oder keine Zinsen bringt, so wird es rasch umlaufen; und da eine Million Baargeld, hundertmal im Jahre umgekehrt, gleichviel Dienste leistet, als hundert Millionen, die nur einmal jährlich umgekehrt werden, und da bei weitem die meisten Umsätze durch Abrechnung im Buche mit Herauszahlung geringer Ueberschüsse (wenn sie nicht vielmehr gutgeschrieben werden) bewirkt werden, so verliert die Menge des Umlaufsmittels vollends an Bedeutung. Es wäre bei der geringen erforderlichen Menge das Hartgeld vielleicht nicht viel theurer als das Papiergeld herzustellen, so daß es als Weltgeld fortbenutzt werden könnte.

Wozu in aller Welt also sollen Sozialisten sich die Köpfe zerbrechen, um der jetzigen falschen Gesellschaft eine gebrochene Gliedmaße wieder einzusetzen, während nur eine völlige Wiedergeburt dieser Patientin helfen kann? Wenn selbst unter lebenslangen Finanzkünstlern wenig gesunde Ansichten über die Bedeutung und Wirkungen des Geldes zu finden sind, da es ja in Wahrheit eine Finanzwissenschaft gar nicht giebt; wenn unter diesen berufensten Leuten solche abgeschmackte Irrthümer betreffs des Geldes herrschen, wie wir deren einige nachgewiesen haben: wie wollen Arbeiter, denen obendrein die eignen Erfahrungen in der Sache fehlen, sich mit Erfolg zu Reformern des Geldwesens aufwerfen?

Wir müssen jedoch später noch einmal auf das Letztere zurückkommen, wenn wir von den warnenden Erfahrungen sprechen, welche in den Vereinigten Staaten mit den Scheinwerthen gemacht worden sind. Es ist schade, daß wir diese wichtigen Gegenstände behandeln müssen, ohne an Karl Marx, der leider mit den folgenden Sätzen seines bahnbrechenden Werkes „Kapital“ noch nicht fertig ist, einen Beweiser benutzen zu können. Allein sie müssen schon jetzt besprochen werden, weil es gilt, die Lehren der Erfahrung baldigst zu begründen und zu verbreiten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der deutsche Reichstag hat wieder mit der übli-

* Wegen Abdrucks von wichtigen Correspondenzen kann der Abdruck des ziemlich umfangreichen Artikels VI. „Unsere Gegner“ erst in nächster Nummer erfolgen.

Schuld zu schieben, hiesse dem Reichstag ein unverdientes Compliment machen. Unter den „Schwänzenden“ — die Sozialdemokraten, die nur „gebildete Gasse“ im Haus sind, hatten natürlich keine Veranlassung, sich „einzudrängen“ — befanden sich zahlreiche Gründer, Fürsten, Grafen, Barone &c., die durch die Distanzlosigkeit nicht abgehalten wurden. Was sie bestimmte, war das Gefühl der Bismarckschen Würdigkeit und Ueberflüssigkeit. Ueber die bisherigen Verhandlungen ist nichts zu sagen: in der ersten Hälfte der Woche Beschlußunfähigkeit, in der zweiten persönliche Kämpfe (bei der Bureauwahl), leeres Gerede und Erledigung von Formlichkeiten (Sitzung von Projekten gegen Mitglieder &c.).

— Die Schande Europas. Wenn die vorliegenden Berichte wahr sind, hatte die Pforte bereits vor Erlaß des russischen Ultimatus nach Verhandlung mit den übrigen Mächten einen zweimonatlichen Waffenstillstand bewilligt, und war das russische Ultimatum nichts anderes als ein elender Theaterkoup, um die fürchtbare militärische Niederlage, die Rußland in Serbien erlitten hat, zu maskiren und in einen großen diplomatischen Sieg umzulagen.

— Die Sprache ist dazu angethan, um die Gedanken zu verbergen. Dieses bekannte Wort Talleyrands gilt namentlich von sogenannten „Thronreden“; in wahrhaft komischer Weise ist dies bei der letzten Berliner „Thronrede“ zu Tage getreten, deren „besonders prägnante und gebrungene Fassung“ von spekulativeren Reportern betont wurde. Nämlich über den Bassus, der von der wirtschaftlichen Lage handelt, ist zwischen den Schutzöllnern und Freihändlern ein Streit ausgebrochen, indem die Einen behaupten, die Abschaffung der Eisenzölle, die Andern deren Beibehaltung sei angekündigt! Man sieht, der Verfasser der „Thronrede“ hat, trotz alles Patriotismus, in der französischen Diplomatensprache etwas gelernt.

— „Landstreicher.“ Dem Correspondent für Deutschlands Buchdrucker schreibt M. aus Carlsruhe: „Einsender befindet sich in der Lage, wiederum über einen Fall berichten zu können, daß reisende Buchdrucker wegen Landstreicherei „eingekerkert“ worden sind. Von Berlin infolge des Conflictes abgereist, befand ich mich am 22. September hier selbst mit meinem Reisegefährten, dem Drucker F. aus Augsburg, auf dem Wege zur Post auf dem Marktplatz, als wir von einem Polizisten angehalten und uns die Legitimationen abverlangt wurden. Nachdem er dieselben durchgesehen, hieß er uns ihm auf die Wache folgen; dort frug er nach Alter und Reisegeld und fertigte dann zwei Protokolle an. Warum wir eigentlich arretirt waren, wußten wir nicht, da wir weder gebettelt noch sonst etwas Gesegwidriges verübt hatten. Wir wurden sodann vor den Amtmann geführt; dieser sah sich eben als unsere Papiere sowie die Protokolle an und frag uns, warum wir nicht arbeiten. Die Antwort lautete natürlich, weil wir noch keine Condition gefunden hätten. Unsere Ausführung, daß wir nicht zu betteln brauchten, weil wir Reiseunterstützung bekämen, ließ er nicht gelten, sondern meinte, das wäre seine Bettelerei. Sodann mußten wir die Protokolle unterschreiben, was wir leider auch gethan haben, ohne daß uns dieselben vorgelesen worden oder wir sie zu lesen verlangt hätten. Schließlich wurde Colledge F., weil er schon 20 Wochen außer Arbeit war, zu 3 Wochen, und ich, weil 7 Wochen außer Condition, zu 14 Tagen Haft „wegen Landstreicherei“ verurtheilt. Nachdem ich meine Strafe verbüßt hatte, wandte ich mich an Herrn Feyel (Vorsitzender des hiesigen Ortsvereins), welcher mir riet, eine Anklage, resp. Beschwerde gegen die Polizei zu erheben und mich zu diesem Zwecke bei einem Anwalt zu erkundigen. Dies that ich auch; erhielt aber den Befehl, daß ich jetzt nichts mehr ausrichten könne; ich hätte vielmehr das Protokoll nicht unterschreiben sollen, sondern sogleich dagegen Recurs erheben, worauf die Sache gerichtlich verhandelt worden wäre. Dennoch reichte ich beim Landescommissar eine Beschwerde ein, worauf mich acht Tagen — während welcher Zeit mir der Ortsverein Carlsruhe 9 M. Unterstützung gewährte — durch das Bezirksgericht die Antwort zu Theil wurde: „Der Landescommissar habe die Sache genau untersucht und erklärt, daß ich mit meiner Beschwerde abzuweisen, da das Bezirksamt im Rechte gewesen sei, und zwar schon aus dem Grunde, weil ich die polizeiliche Anklage durch meine Unterschrift anerkannt. Auch wenn ich nicht unterschrieben, sondern das gerichtliche Verfahren verlangt hätte, würde ich doch dieselbe Strafe bekommen haben, weil ich schon lange außer Arbeit und vom Betteln lebe (womit die Reiseunterstützung gemeint ist). Im übrigen hätte ich mir die Beschwerde sparen können.“ Da ich mich hier nicht länger

aufhalten kann, so ist es mir leider nicht möglich, der Polizei eine andere Meinung von unserem Reisegeld beizubringen, doch glaube ich, daß mir dies gelingen wäre, wenn ich hier Condition bekommen hätte und also die Sache weiter verfolgen konnte. Indessen nehme ich an, daß das Gericht eine richtigere Anschauung über unsere Passenverhältnisse hat, und möchte daher allen Collegen, die vielleicht in dieselbe Lage gerathen sollten, empfehlen, die Polizeianklage nicht durch Unterschrift anzuerkennen, sondern das gerichtliche Verfahren zu verlangen.“

Auf diese Weise kommt man also in Deutschland zu einer Bestrafung wegen Landstreicherei ohne auch nur den mindesten Grund dazu gegeben zu haben!

— Ueber die Nothheit in „gebildeten“ Kreisen kann man sich nicht verwundern, wenn man Notizen wie die nachfolgende liest (s. „Leipziger Tageblatt“ vom 4. Oktober):

„Aus der Provinz, 2. Oktober. Man kann gewiß ein Freund jugendlicher Fröhlichkeit sein und doch das wüste Biertrinken, wie es in manchen studentischen Kreisen gepflegt wird, ernstlich beklagen. Was das Bedauerlichste ist: der studentische „Saufcomment“, ein trauriges Ueberbleibsel aus den Zeiten des 16. und 17. Jahrhunderts, hat sich auch auf das jüngere Geschlecht unserer Gymnasien und Realschulen fortgepflanzt, wo er noch weit verderblicher wirkt als auf den Universitäten, weil er in den noch jungen Gemüthern schon so frühzeitig die Keime des Ecleren verweilt. Da sieht man jetzt vielfach in Schülerhänden ein kleines Büchlein, betitelt „Leipziger Biercomment“, 3. Auflage, Celle und Leipzig, Literarische Anstalt, August Schulze 1876, Preis 1 M.“ Man kann unmöglich annehmen, daß deutsche Studenten an der Veröffentlichung dieses Nachwerkes theilhaftig sind; es ist wahrscheinlich nur eine buchhändlerische Speculation, welche namentlich auf die Kaufkraft der unreisen Schülerwelt rechnet, da diese leider an dem Studentenleben zunächst nur die Auswüchse des jugendlichen Kraftgefühls bewundert und diesen „Biercomment“ mit seinen Regeln über das Vor- und Nachtrinken, den Bierstandal, das Biergericht, die Bierstrafen &c. &c. als das Evangelium des wahren Studententhums betrachtet. Welche Früchte dieser „Biercomment“ trägt, davon weiß jede höhere Schule zu erzählen.“

Und nicht bloß die „höheren Schulen“. Die „Früchtchen“ dieses und der anderen „Sauf- und Biercomments“ (denn alle deutschen Universitäten haben ihren Bier- und Saufcomment) sind im hohen und niederen Staatsdienst zu finden, fungiren mitunter als Staatsanwälte und sitzen nicht selten auf Richtertischen, ja auf Ministerbänken. Wir kennen „Exempel von Beispielen“.

— Unfall-Statistik. Im Monat Oktober cr. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungsbank in Leipzig 20 Todesfälle, 5 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 10 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen und 524 Unfälle, aus welchen sich für die Verletzten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt — zusammen 559 Unfälle angemeldet. Von den 20 Todesfällen ereigneten sich 3 in Steinbrüchen, je 2 in Brauereien, Maschinenbauanstalten und Eisenbahnen, beim Hochbau, beim Eisenbahnbau und je 1 in einem Braunkohlenwerk, einem Steinkohlenwerk, einer Stärkefabrik, einer Asphalt- und Dachpappenfabrik, einer Rarmorwarenfabrik, einer Papierfabrik, einer Gußstahlfabrik, beim Bauunternehmen für Wasserleitungen und bei Schiffsentlochung. Von den 5 lebensgefährlichen Beschädigungen entfielen 2 auf Baugeschäfte und je eine auf ein Puddel- und Walzwerk, eine Branerei und einen Sandfeinbruch, während von den 10 Invaliden je 2 auf Maschinenfabriken und Eisengießereien, Maschinen- und Wappensteinfabriken, und je 1 auf eine Weberei, eine Drahtzieherei, eine Schneidemühle, eine Stiffabrik, eine Teppichfabrik und einen Festungsbau kommen.

— Ein neuer Tschischwitz — oder auch der alte. Ueber den „Küster'schen Brief“ haben wir im „Briefkasten“ unser Urtheil ausgesprochen. Seitdem ist ein neues Moment hervorgetreten, welches der Sache ein gewisses Interesse verleiht. Unser Berliner Parteiorgan schreibt darüber: „Der geküster Küster hat von der Schweiz aus ein Gnadengesuch an den König von Preußen gerichtet. Diese Thatsache konnte verschiedenen Elementen nicht verborgen bleiben. Daranstin wird sich irgend ein spekulativer Kopf gejagt haben: Der Mann kann der „guten“ Sache dienlich gemacht werden. Wollen doch sehen, wie er sich anstellt. Man hat sich also hingelegt und eine große Erklärung gegen die Sozialdemokratie geschrieben, hat dabei allerdings

nicht unterlassen, die alten Thesen über die Unausführbarkeit des Sozialismus und die alten Verleumdungen gegen die Agitatoren geschickt mit einzuschleichen. Ueberrassend hat man dieses Nachwort an Küster geschickt mit der Bemerkung: Du unterschreibst oder Du bleibst in der Schweiz. Wirst Du Dich jedoch willig und gehorjam zeigen, unterschreiben und dann selbst noch auf eigene Faust einige schmutzige Ergüsse loslassen, dann wollen wir sehen, ob wir für Dich in irgend einer Weise etwas thun können, indem wir unsern Einfluß geltend machen. Eine Liebe ist der anderen werth, das schien dem Küster einzulichten. Er nahm sein säuberlich das ihm übersandte Schriftstück und setzte seine Unterschrift an die ihm zu diesem Zwecke freigelassenen Stellen. Gleichzeitig setzte er sich und schrieb auf Wunsch noch einen höchstgehobenen Original-Begleitbrief, der sich allerdings, so weit Form und Stil in Frage kommen, zu seinen Ungunsten von dem größeren Schriftstück unterscheidet. Diese beiden Briefe wurden nun der Redaktion des „Berliner Tageblattes“ zum Abdruck übermittelt. Dieselbe muß jedoch beim Anblick der Sache sofort das ganze Mandat erkannt haben; vielleicht war auch die Handschrift des einen Schriftstückes etwas sehr bekannt, kurz die Sache war faul. Das „Tageblatt“ ließ sich auf eine so schmutzige Schiebung, wobei doch schließlich nichts zu gewinnen, wohl aber zu verlieren war, nicht ein. Veröffentlicht sollten die Heldenthaten des „Ehrenwortmannes“ Küster aber werden, wo sollte man nunmehr noch weiter mit den Dingen hin? Zum „Gewerkverein“. Der „Gewerkverein“ konnte die Sachen aufnehmen, denn einmal hat er nichts zu verlieren und zweitens passen ihm derartige reaktionäre Ergüsse ja wunderschön in den Kram, in Folge dessen sie dort eine angemessene Ablagerungsstelle fanden. Die „Berl. fr. Presse“ bestritt auf Grund eines Küster'schen Briefes, in welchem er jedes derartige Schreiben in Abrede stellt, die Echtheit der Küster'schen Gewerkevereins-Erklärungen. Nachdem sich jedoch zwei bekannte Sozialisten zur Redaktion des „Gewerkverein“ gegangen und haben dort die Küster'schen Briefe, wie vorstehend geschildert, vorgefunden, Küster hat demnach nach beiden Seiten hin die Unwahrheit gesagt. Ob er seinen Zweck erreichen, oder ob man ihn, nachdem „der Mohr seine Schuldigkeit gethan“, wird schießen lassen, bleibt abzuwarten.“

Wir machen unsere Züricher Genossen auf die Sache aufmerksam.

— Am Dienstag (31. Oktober) starb in Paris Fräulein Delescluze, die hochherzige Schwester des Communehelden. Als dieser am 26. Mai 1871 den Todesgang antreten wollte, schrieb er der heiliggeliebten Schwester:

„Meine gute Schwester!
Ich will und kann nicht der siegreichen Reaction zum Opfer oder Spielzeug dienen. Verzeihe mir, daß ich von Dir gehe, die Du mir Dein Leben geopfert hast. Aber ich fühle nicht den Muth in mir, noch eine Niederlage nach so vielen zu ertragen. Ich küsse Dich tausendmal so zärtlich wie ich Dich liebe. Dein Andenken wird das letzte sein, welches meine Gedanken beschäftigt, ehe ich zur Ruhe gehe. Ich segne Dich, meine heiliggeliebte Schwester, die Du seit dem Tod unserer armen Mutter meine einzige Familie warst. Lebe wohl! Lebe wohl! Noch einen Kuß. Dein Bruder, der Dich lieben wird bis zum letzten Augenblick.“

Ob. Delescluze.

Benige Stunden darauf hatte er den Tod, den er suchte, auf der Barricade gefunden. Der Brief ist ein Ehrenkostüm des Bruders und der Schwester. Es muß ein herrliches Weib gewesen sein, das von einem solchen Mann so geliebt wurde! Dem Bruder treu bis zum Tode, jagte sie die Pfaffen fort, die sich an ihr Lager zu drängen suchten. Am Mittwoch (1. November) wurde sie begraben — die in Paris befindlichen Reste der „kämpfenden Demokratie“ folgten dem Sarge.

Benige Tage zuvor hatte der elende Stellenjäger Gambetta in einer Versammlung zu Belleville, für die ein Delescluze sein Blut gegeben, „eine verbrecherische Insurrection“ genannt!

*) Belleville ist allerdings ein Pariser Arbeiterviertel, aber die Versammlung, in der Herr Gambetta sich dieser Gemeinheit schuldig machte, war keine öffentliche Volksversammlung, sondern eine Versammlung der von Herrn Gambetta eingeladenen Wähler, also der Herren Bourgeois. Dies zur Notiz für diejenigen, welche aus der Thatsache, daß diese Versammlung in einem Pariser Arbeiterviertel stattgefunden, auf mangelhafte Organisation des Pariser Proletariats schließen möchten. — Nachträglich erfahren wir, daß Gambetta die Freiheit gehabt hat, sich an das Grab der Schwester Delescluze's zu drängen. Dem schamlosen Demagogen ist jedes Mittel recht, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. In nächster Nummer bringen wir einen ausführlichen Bericht über das Begräbniß. R. d. B.

Russische Cultur.

Die Lage der deutschen Colonisten in Rußland.

Unsere deutschen Zeitungen gaben in letzter Zeit häufig wiederkehrende Schilderungen über die Bedrückung und Ausföngung, durch welche die türkische Herrschaft ihre christlichen Unterthanen qualte, sie erklärten es für eine Pflicht der Menschlichkeit, diesem barbarischen Unwesen ein Ende zu machen und übertragen Rußland die Ausführung dieses Humanitätsmandates, Rußland, das in den Straßen von Warisan und in den tartarischen Steppen die Beweise seiner Culturliebe gegeben hatte. Es ist Thatsache, daß die Verfassung der Gemeinde nirgends freier ist, als in der Türkei, welche von den einzelnen Ortschaften eine nach unseren Begriffen niedrige Steuer erhebt und sonst keine Eingriffe in die Autonomie der Gemeinde kennt. Anders ist in Rußland die Behandlung der Gemeinden und ihrer Angehörigen und der nicht griechisch-katholischen Einwanderer.

Im Verlage von Robert Hofmann in Leipzig ist vor kurzem eine Broschüre erschienen, in welcher ein deutscher Mennonit seine Erlebnisse in Rußland und seine Beobachtungen über die Behandlung der russischen Ansiedler durch die russische Regierung und durch ihre russischen Mitbürger mittheilt. Wir geben zu Ruh und Frommen aller Derjenigen, welche noch glauben, ihre Lage durch Auswanderung nach Rußland zu verbessern, einen kurzen Auszug aus dem interessanten Schriftchen:

Durch Katharina's Agenten verlockt, von einem russischen Generale, der bei den Mennoniten von Haus zu Haus ging und alle Ueberredungskunst anwendete, um die Leute für Rußland zu gewinnen, überredet, ließen sie sich durch Vorzeigung eines mit Unterschrift und Siegel bestätigten „ewigen Privilegium“, in welchem alle nur erdenklichen Rechte bewilligt waren, darunter auch die immerwährende Auswanderungs-Freiheit — bewegen und entschlossen sich zur Reise.

Wo sollten sie auch damals hin? In Preußen, wo einst Friedrich der Große jeden nach seiner Fagion selig werden ließ, wurden sie mit Militärdienst bedroht; im übrigen Europa waren die Spuren der Inquisition noch nicht verwischt, und die Scheiterstätten, auf welchen ihre Glaubensbrüder verbrannt wurden, waren noch ausserachtet: befahlen ihre Sache Gott und wän-

Es ist nun Thatsache, daß die Deutschen in Rußland durch Bearbeitung des Bodens, außer schönen Häusern, Gärten und Wäldern, dem Staate auch noch jährlich Millionen Nutzen gebracht haben, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Rußlands gingen ja fast alle in's Ausland, und statt dessen kam ausländisches Geld nach Rußland hinein.

Wenn die Deutschen Rußland auch lange nicht soweit gebracht haben, daß sich Ein- und Ausfuhr ausgleicht, so liegt die Schuld nicht an ihnen, sondern daran, daß die ganze Bodencultur des russischen Adels bloß im Wälderumzöten besteht, und ferner liegt die Schuld in der grenzenlosen Trägheit des Volkes, welches durch die Emancipation von 1861 nur aus dem Regen in die Traufe gebracht worden ist und weder Muth noch Kraft besitzt, durch Bearbeitung des Bodens den Naturreichtum Rußlands in Bewegung zu setzen.

Nichtsdestoweniger wollte man die Deutschen russifiziren. Die russische Regierung will sie zwar nicht vernichten, d. h. Leib und Leben, aber sie sollen sich mit den Slaven vermischen, in denselben aufgehen und spurlos verschwinden. In Rußland hat sich der Deutschenhaß erst nach dem deutsch-französischen Kriege gefunden.

In der Weltgeschichte, welche Völker entstehen und Völker untergehen läßt, entscheidet noch immer die Waffe. In diesen Kämpfen hat Deutschland erhebliche Vortheile (?) errungen, es wird aber in Folge dessen von der russischen Presse so angegriffen — die Deutschenhege ist ebensowohl gegen Deutschland als gegen die Colonisten seit 1871 in Scene gesetzt — daß höchst wahrscheinlich auch die friedlichsten Monarchen einen Zusammenstoß nicht werden hindern können, und dann wehe den deutschen „Regern“ in Rußland. „Keger“ nennt man sie im Innern Rußlands, in Kirche und Schule, beim Unterricht.

Wer Gelegenheit hatte, die Mißhandlung der Tataren während des Krimkrieges zu sehen, der bedarf hierzu keiner Erläuterung.

Es ist etwas Erdärmliches, ganz Sinnloses (?), daß die maßgebende Partei in Rußland den Deutschenhaß schon in die Schulen einzupflanzen für nöthig befunden hat. Der Verfasser der Broschüre schreibt: „Ich würde dies nicht glaublich halten, wenn ich nicht selbst Augenzeuge gewesen wäre. Als ich an meinem Verbannungsorte (ich) zu der Ansicht gekommen war, daß das

Hebung in keiner Beziehung zu denken ist, giug ich einst in die Kreissschule und hörte dort folgende sonderbare Erklärung: „Die deutschen Colonisten in Rußland haben sich höchst eigennützig erwiesen, bei allen ihren Vorrechten haben sie sich ebenso abgeschlossen gehalten wie die Freimaurer.“ eine Secte wie die Mennoniten, welche aber in Rußland nicht geduldet wird. Die Absicht der Regierung, durch Hinzutreten der Deutschen den Ackerbau zu fördern, hat sich nicht erfüllt; für sich haben sie den Bauer fleißig arbeiten lassen und sind reich geworden, aber bis auf den heutigen Tag mit Leib und Seele Ausländer geblieben, den Russen behandeln sie nur mit Verachtung als einen Sklaven, der bloß dazu da ist, ihnen die Taschen zu füllen, während doch die Deutschen bei uns nur Stieffinder sind. Die Regierung hat aber auch schon eingesehen, daß bis jetzt nichts erreicht worden ist, darum sind den Deutschen ihre Rechte genommen, und sie werden mit den Bauern verschmolzen. Bald werden unter ihnen Russen wohnen, wir werden in ihren Dörfern Kirchen bauen, und dann wird auch ihnen das wahre Evangelium gepredigt werden, damit sie in die rechtgläubige Kirche aufgenommen werden können; bei den Malakanen, Polen und in den Districtprovinsen haben wir unlangst Kirchen gebaut und da sind schon Tausende bekehrt worden.“

Am 28. August 1876 brachte die Berliner „Germania“ ein großes Bild davon, wie man in jenen Tagen an der deutschen Grenze mit Pöbel und Peitsche die Leute in die rechtgläubige Kirche getrieben hat, wobei 15 Bauern und ebensoviele Soldaten todtblieben, und mehr noch verwundet wurden.

„Ich enthielt mich, aus Furcht todgeschmetzt zu werden, wie es hier unlängst einem 60jährigen Bauer erging, jeder Betrachtung, und frug nur, was den Lehrer veranlaßte, solche Dinge über uns Deutsche in der Schule zu verhandeln.“

„Ein Schulbuch aus der heiligen Synode“, antwortete er und gab mir das Buch; ich konnte meinen Augen fast nicht trauen, als ich solche Verleumdungen der deutschen Colonisten in einem Schulbuch fand. (Der Verfasser ist Ledeboss 1873).

„Also in Rußland, wo nicht 10 pCt. der schulpflichtigen Kinder geschult werden, in Rußland, wo, als das Landamt in

*) Die Vergleichung der Mennoniten mit den Freimaurern kann

— Zur Finanzgeschichte Rußlands. Es ist eine Eigen-
thümlichkeit aller barbarischen und halbbarbarischen Staaten, daß
ihre Reformen immer durch große, weltumfassende Dampfversuche
charakterisiert werden. Rußland, bemüht, die Serben in die
Sphäre seiner Reformen hineinzuziehen, hat seiner Beglückungs-
theorie eine finanzielle Stütze geben wollen und sich bemüht, ein
Darlehen von 100 Millionen Rubeln aufzunehmen. Trotz seiner
traditionellen Abneigung gegen das Weltbaus Rothschild wandte
es sich zuerst an diese Firma, erhielt aber einen Korb. In der-
selben Angelegenheit klopfte Rußland bei Baring in London und
Hope in Amsterdam an. Das Geschäft wurde refutirt (zurückge-
wiesen). Den Grund hierfür werden wir in folgenden Zahlen
und Erörterungen finden. Eine Schätzung der „Times“ vom
September vor. J. ergibt für die Schuldenmasse Rußlands fol-
gende Ziffern:

Jüngere Anleihe	918,677,316 Rubel,
Englische Anleihe	101,878,409 Pfd. St.,
Französische Anleihe	570,412,000 Francs,
Holländische Anleihe	91,868,000 Gulden.

Hierzu kommen noch: Eisenbahn-Spezialschulden 40,000,000 Pfd.
St., Papiergeld und 5prozentige Schatzscheine 156,219,000 Pfd.
St., 1875er Eisenbahn-Anleihen 15,000,000 Pfd. St. Es ergäbe
sich also eine Gesamtsumme von 484 Millionen Pfund Sterling
(das Pfund Sterling gleich 20 Reichsmark), deren Verzinsung
ein Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling erfordert. Das
Gesamteinkommen Rußlands ist jährlich 80 Millionen Pfund
Sterling. Die Verzinsung der Staatsschuld erfordert also ein
Viertel der Einnahme. Schwere, beängstigende Träume er-
wecken wohl solche Zahlen den Inhabern russischer Staatspapiere.
Und was da kommen wird und muß, das ist der Krach — und
nicht bloß der Finanzkrach!

— Russischer Schutz Zoll. Ein besseres Mittel, die Pro-
dukte anderer Länder von dem Markte des eigenen abzuwehren,
dürfte es kaum geben, als es die russische Regierung, die sich in
der gesamteten Politik von Tag zu Tag gemialer erweist, erfunden
hat. — Sie hat eine neue Gerichtsordnung für Rußland und
Polen erlassen, nach welcher ein Schuldner gar nicht mehr nöthig
hat, seine Gläubiger zu bezahlen, er kann die Schuld einfach ab-
sitzen. Für 100 bis 1000 Rubel muß man sechs Monate sitzen,
für 5000 Rubel ein Jahr und so fort bis zu fünf Jahren, welche
Hafstbauer für die Tilgung einer Schuld von 100,000 Rubel ge-
nügt. Wir glauben nicht, meint die „Bosische Zeitung“, daß
es den deutlichen Kaufleuten, welche Geschäfte nach Rußland ma-
chen, angenehm sein wird, statt Geld zu erhalten, ihre Schuld-
ner in's Gefängniß werfen zu lassen, und es wird sich deshalb
wohl empfehlen, alle Creditgeschäfte nach Rußland auf so lange
zu suspendiren, bis unsere Regierung von der „befreundeten“
russischen Regierung einen genügenden Schutz für die materiellen
Interessen ihrer Bürger erlangt hat.“ Geduld, liebe Tante, der
Kosakenbruder ist jäh.

— Zum Rückgang. Vom 1. Januar an wird in Köln
ein Parteiorgan erscheinen.

Innere Parteiangelegenheiten.

An die Parteigenossen in Preußen.

Wie bekannt, ist die Anklage bezüglich der Partei in Preußen
immer noch nicht erhoben, trotzdem nun schon sieben Monate
seit der provisorischen Schließung vergangen sind. Letztere wurde
bis jetzt aufrecht erhalten, und somit den Parteigenossen die Ge-
legenheit genommen, direkt Mitglieder der Partei zu sein.

Im Allgemeinen ist die Bewegung durch diese Maßregel nicht
geschädigt worden, im Gegentheil, sie ging an den meisten Orten
vornwärts wie nie, und nur die Krise ist schuld, daß einzelne
Genossen in einer Anzahl Orte in Folge drohender Maßregelung
nicht mehr in der Lage sind, die Parteiangelegenheiten führen
zu können, und dadurch ein scheinbarer Rückschritt stattgefun-
den hat.

Die Gesamttagitation hat ebenfalls keine Einbuße erlitten;
für die Genossen Preußens war und ist durch den „Wähler“
ein Mittel geboten, dieselbe zu unterstützen, da die gesamteten
Lebergeschäfte dieses Blättchens für die Wahltagitation
verwendet werden.

Es muß aber darauf gerechnet werden, daß jeder Genosse,
welcher sich für die Gesamtbewegung interessiert, und welcher
günstige Resultate bei den nächsten Wahlen wünscht, auf den
„Wähler“ abonnirt; es geschieht dies auch seitens der Genossen
an den meisten Orten. Jedoch scheint man noch in manchen
Orten zu wenig Gewicht auf die Sache zu legen, indem ein

Zwei die Erbauung von Landschulen in Angriff nahm und be-
reitete war 100,000 Rubel zu opfern, die ganze Sache daran
scheiterte, daß mit den Geldern höchstens 100 Schulen zu unter-
halten waren, während 1500 erbaut werden sollten (die Sache
wurde als unausführbar bei Seite gelegt), in diesem Rußland
muß den Wenigen, welche das Glück haben, lesen zu lernen, der
Deutschensatz als Hauptnahrung eingeprägt werden. Das giebt eine
fatale Zukunft für die Deutschen in Rußland!

„Die große Partei der Deutschfeinde, welche in St. Peters-
burg an höchster Stelle gegenwärtig unsere Ankläger sind, moti-
viren ihre Anklage in folgenden Worten:

„Die deutschen Colonisten haben ihre Aufgabe in Rußland,
Ackerbau und Gewerbe zu verbreiten, nicht erfüllt, anstatt dem
Lande durch Cultur nützlich zu sein, haben sie sich darauf be-
schränkt, den ihnen angewiesenen Boden tüchtig auszuheben,
und sich das Geld in die Tasche gesteckt, ohne den russischen
Bauern auch nur etwas zu nützen; sie blieben durch und durch
Ausländer, vom Verschmelzen ist noch keine Spur etc. Wollen
wir solche fremde Elemente immer unter uns dulden? Als
man die Deutschen nach Rußland rief, hatte man die Absicht,
durch sie die Slaven zu beleben, aber nicht fremde Elemente zu
erhalten, bei denen der russische Arbeiter noch muß deutsch spre-
chen lernen, um ein desto besserer Sklave für sie zu sein, wie es
hundertfach vorkommt.“ (Fortf. folgt.)

— Die Bildung der „Gebildeten“. In der vorletzten Nr. des
„Vorkämpfer“, Organ für die Tabakarbeiter Deutschlands, befindet sich
folgender Briefwechsel:

„Offenes Schreiben an die Herren Friedrich u. Hasselbarth
Leipzig-Neudnitz.“

Sie verlangen von mir brieflich Antwort auf die Frage, ob ich eine
Entgegnung auf den Artikel aus Leipzig, in Nr. — des „Vorkämpfer“
aufnehmen würde. Schon diese Anfrage ist eine Beleidigung für eine
unabhängige Redaktion; denn, ganz abgesehen davon, daß das Pres-
sesgesetz jeder Redaktion periodischer Schriften die Verpflichtung auferlegt,
sachlich gehaltene Widerlegungen unrichtig dargestellter Thatsachen un-
entgeltlich anzunehmen, erfordert dies auch das Recht der Beleidigung;
es wäre also eine grobliche Verletzung, eine solche sachlich ge-
haltene Widerlegung nicht aufzunehmen zu wollen, und Sie haben kein

Zuwachs von Abonnenten selten ist und auf der anderen Seite
durch Abgang von Abonnenten wieder aufgehoben wird, so daß
der Abonnentenstand derselbe bleibt.

Eine ganze Reihe von Orten (freilich vorwiegend kleinere),
in denen sich meistens seit langen Jahren Sozialdemokraten be-
fanden, ist im Laufe der Zeit zurückgeblieben, und geben wir
unten ein Verzeichniß derselben.

Dies ist eine traurige Erscheinung! — Die Parteigenossen
allerorts müssen sich sagen, daß nur die Anwendung der gemein-
samen Kraft Resultate bringen kann, und wenn es ihnen auch
verwehrt ist, zahlende Mitglieder der Partei zu sein, so ist
ihnen doch durch den „Wähler“ das Mittel geboten, für die
Interessen der Sozial-Demokratie einzutreten.

Wir erwarten daher, daß die Parteigenossen der betr. Orte
dafür sorgen, daß sie Abonnenten des „Wähler“ werden und
bleiben; falls die vorigen Filial-Expedienten aus irgend welcher
Ursache den Bezug nicht mehr übernehmen, resp. weiterführen
wollen, so werden sich hoffentlich noch andere Genossen zu diesem
Ehrenposten finden!

Der „Wähler“ wird den Filial-Expedienten auf Bestellung
zugeandt; der Betrag braucht erst nach Monatschluß eingezahlt
zu werden, und erfolgt nach der Einfindung die Uebermittlung
der folgenden Nummer. Der Bezug ist also mit keinen hindern-
den Umständen verknüpft.

Wir hoffen darum, daß die nachbenannten Orte sich bald wieder
in den Reihen der übrigen befinden, welche ihre Schuldigkeit der
Gesamttagitation gegenüber thun!

Hamburg, im November.

Mit sozialistischem Gruß
August Weib, Rödigsmarkt 12.
E. Derossi, Pferdemarkt 37.

Verzeichniß der rückständigen Orte.

Seit April: Amöneburg, Weidensteth, Bahrenfeld, Gammend-
orf, Gardelegen, Hameln, Heinstadt, Harlesleben, M. Auheim,
Lennep, Meerholz, Warburg, Oterode, Remscheid, Rawisch,
Rathenow, Schulp, Stoppenberg, Sangerhausen, Schönebeck,
Schlebusch, Treuenbriepen, Uedendorf, Weisensee, Wiemerscamp,
Wehlleben.

Seit Mai: Burgdamm, Bülow, Cöthstedt, Döberau, Kröpel-
lin, Liepolzhansen, Neubudow, Oldendorf, Schwaan, Spremberg,
Wiershausen.

Seit Juni: Altweddingen, Buer, Bramfeld, Eddelad,
Hadersleben, Halberstadt, Lunden, Mülheim a. Rhein, Melle,
Niederndorf, Segeberg, Sternberg, Wiesbaden, Wolfsanger, Zeitz.

Seit Juli: Bergen a. D., Dürrenberg, Einbeck, Friedrichs-
hagen, Mettmann, Mülheim a. d. Ruhr, Nordhausen, Plön,
Reibersstieg, Schwelm, Schwarzenbeck.

Seit August: Bornheim, Duisburg, Danzig, Finkenwärder,
Greiffenberg, Gehlhansen, Hordel, Hirschhorn, Langensalza, Mel-
dorf, Mühlhunde, Neu-Flensburg, Oertrief, Vork, Werden, Wilsler,
Wattenscheid, Witten.

Seit September: Brandenburg, Celle, Cappeln, Delitzsch,
Ellerbeck, Finsterwalde, Frankfurt a. d. O., Groß-Verfel, Königs-
zell, Ragdeburg, Raumburg a. d. S., Remmünster, Revisges,
Uldeke, Ronndorf, Stade, Seth, Süchteln, Uerdingen, Blotho,
Wandsbeck.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 23. October 1876. (Schluß.)
Nach Annahme einer Resolution zu Gunsten einer in Vorstehen-
dem angedeuteten Reform wird das gegenwärtige Schwur-
gerichtssystem diskutirt. Nach einer längeren Diskussion, welche
sich besonders um die Zeitvergiftungsfrage für Geschworne dreht,
wird eine von Herrn Prior (Manchester) beantragte Resolution
angenommen, in welcher die Regierung an ihr Versprechen, eine
Schwurgerichts-Bill einzubringen, erinnert und in einem solchen
Gesetze jede Erleichterung verlangt wird, welche es den Arbeitern
möglich machen könnte, Geschwornendienste zu thun.

Herr Allan (London) beantragt hierauf folgende Resolution:
„Der Congreß bedauert, daß der jüngste Bericht der Commission
zur Untersuchung des Wirkens der Fabriks- und Werkstätten-
gesetze (Factory and Workshoph Laws) unbefriedigend ist und
verpflichtet sich zu erneuten Bemühungen, um in der nächsten
Parlamentssession die Vereinfachung, Festigung und Ausdeh-
nung des Factory Act (1874) auf Färbereien, Bleichereien,
Färbereien, sowie auf alle Kinder, junge Personen und
Frauen, welche in Werkstätten, Reparatur- und Verkaufslä-
den verwendet werden, durchzuführen.“

nach gehen, war eine Beleidigung. Da ich aber nicht wissen konnte,
ob Sie im Besitze eines so feinsinnigen Anstandesgefühls seien, um so
etwas herauszufahren zu können oder nicht, so glaubte ich, diese Belei-
digung ignoriren zu müssen, konnte mich jedoch auch nicht entschließen,
Sie mit einer Antwort zu versehen. Ihr neuestes Opus jedoch legt
mir die Verpflichtung auf, Ihnen eine moralische Ohrfeige zu applizieren,
und das geschieht durch untenstehende Veröffentlichung des an mich ge-
richteten Schreibe-Briefes. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die
Sprache, die Sie in diesem Briefe gegen mich führen, meine Ehre
nicht schädigt, die Ihrige aber im rechten Lichte zeigen wird.

Genehmigen Sie die Veröffentlichung, daß ich freilich bemüht sein werde,
Ihnen die gebührende Achtung zu erweisen.

F. W. Frischa, Redakteur des „Vorkämpfer“.

Herrn F. W. Frischa in Berlin.

Leipzig-Neudnitz, 21. Okt.

Nach ohne Antwort auf mein letztes Schreiben, ersuche ich Sie zum
letzten Male darum, da ich sonst gegen Sie denunziere.
Ich ersehe aus Ihrem Stillschweigen das ganze Wesen Ihrer
Partei; sie kann wohl verleumden, ist aber hinterher zu
feig, sich dazu zu bekennen und Rede zu stehen. Die ganze
Kunst ihrer Führer ist Hezerei und Aufreizung gegen Ord-
nung und Gesetz, und dafür opfert der betrogene Arbeiter seine
übrigen paar Groschen lieber, als daß er dieselben lieber verständlich
anwendet. Niederreißer, aber nicht Aufbauer, das ist das Ziel der
sozialdemokratischen Partei. Warum fürchten Sie sich denn vor meiner
Entgegnung? Nur, weil Sie wissen, daß dann die Sache in anderem
Lichte erscheint. Sie kennen den Leipziger Buttermann auch. Nun,
die von mir damals wegelaufenen Arbeiter waren Spitzbuben; nach-
dem ich Ihnen dies gesagt, wird es von Ihrem Thun abhängen, sich
als Beschützer dieser Leute zu kennzeichnen oder nicht.

Friedrich u. Hasselbarth.

Die Hrn. Friedrich und Hasselbarth sind reiche Fabrikanten und natür-
lich „gebildet“.

— Die Rohheit der „besseren Stände“ lernte neulich wieder
einmal einer unserer Parteigenossen durch eigene Wahrnehmung kennen.
Aus Dresden berichtet der „Vorkämpfer“: Als am vergangenen Son-
ntage nämlich unser Expedient, Herr Schlüter, sich zum Fest der Metall-
arbeiter begeben wollte, wurde er am besten, lichten Tage angefallen.
— Ein Architekt schlug nämlich unseren Expedienten mit der Faust
in's Gesicht, und als ihn dieser zur Rede setzte, zog er sofort ein
Gartenmesser. Es entstand ein Aufruhr und schließlich wurde der

Nachdem in der sich ergebenden Debatte Frau Paterson Ge-
legenheit genommen hat, sich gegen jede weitere Frauenschuh-
legislatur auszusprechen, wird die Resolution mit allen gegen
ihre Stimme angenommen.

Eine Resolution zu Gunsten der Verwohlfeilung der Patent-
gesetze schließt die Verhandlungen des Tages.

Donnerstag. Broadhurst berichtet über den Stand der
Angelegenheit Kane's. Herr John Kane war Sekretär der
„Nationalen amalgamirten Assoziation der Eisenarbeiter“ (20,000
Mitglieder) in Darlington. Bei seinem im letzten Jahre er-
folgten Tode erbieten sich die Eisenwerksbesitzer, 500 Pfd. Sterl.
für seine Wittve zu subscribiren, wenn die Arbeiter eine gleiche
Summe für den Zweck beisteuern wollten. Eine Zeit lang sei
dies den Arbeitern nicht möglich gewesen, allein jetzt hätten sie
den Betrag rüffig gemacht und zusammen mit den 500 Pfd. Sterl.
der Werksbesitzer für die Wittve des Verstorbenen, Frau Kane,
eine Jahresrente von 75 Pfd. Sterl. (1500 Mark) angekauft.

Es gelangt hierauf ein Brief von Herrn Dr. Henry Travis
zur Verlesung über das Thema: „Wirksame Reform im
Menschen und in der Gesellschaft“ („Effectual Reform in
Man and Society“).

Herr Dr. H. Travis, welcher gleichzeitig 200 Exemplare
seines, wie vorstehend, betitelten Buches unter die Delegirten ver-
theilen läßt, legt in seinem Briefe den Führern der Arbeiter die
Schicksale der letzteren an's Herz. „Wenn die Führer — sagt
er am Eingange seines Schreibens — während sie im Wett-
kampfe zwischen Kapital und Arbeit die Interessen der letzteren
so viel wie möglich zu beschützen suchen, die Mittel studiren
wollen, durch deren Anwendung sie nach und nach sich von dem
Kampfe zurückziehen und Vorrichtungen treffen können, welche
den Erzeugern des Reichthums, nicht länger geprellt um die
Früchte ihres Fleißes durch das Concurrentensystem von Angebot
und Nachfrage, es möglich machen, vereinigt für sich selbst
zu arbeiten — dann ist der Tag der Befreiung der Arbeiter-
klasse von der herzlosen politischen Oekonomie dieses Systems
nicht mehr fern.“

Herr Travis schlägt in seinem Briefe sodann die Gründung
von produzierenden Gemeinden von 100 bis zu 500 Familien
vor, welche auf einem Boden von etwa 500 bis zu 2000 Acres
bei mäßiger Arbeit die Bedürfnisse ihres Lebens mehr als be-
friedigen und noch nebenbei das zu ihrer Gründung nöthige
Kapital (da sagt allerdings der Pferdesuß des zinsfressenden
Sotans hervor) verzinsen könnten. Sie könnten die Grundlagen
der neuen (Sozial-) Wissenschaft ihren Kindern aneuerben und
bessere Menschen schaffen, als heute durch die moderne Gesell-
schaft gebildet werden. Durch die Anwendung des „neuen
Systems“ könnten alle Klassen (?) gleichmäßig profitieren.

Dem Ende der neuen Wissenschaft und des Systems,
durch welches ohne Strafen und Unfreundlichkeit eine Bevölkerung
von 2000 Menschen aus sehr untergeordneten Wesen in sehr
entwickelte verwandelt worden waren (H. Owen), sei es nicht
gelungen, der Welt das neue Wissen zu lehren und das neue
System zu verwirklichen. Die Ursache davon sei gewesen, daß
die Philosophie, auf welcher die Erziehung nach dem neuen
System beruhe (und welche durchaus verstanden werden müsse,
bevor die Verwirklichung des Systems erreicht werden könne),
obgleich im Allgemeinen wahr, durch Verneinung eines wesent-
lichen Theils der Fundamentalwahrheit dieses Systems gefälscht
wurde. . . . Dieser Irrthum sei nun entschieden corrigirt;
die neue Wissenschaft könne Jedem klar gemacht werden und ver-
bürge einen Erfolg in competenten Händen. — (Ich komme auf
das Buch, das in dem abwechselungslosen Kampf um den Lohn-
penny wie eine grüne Dase winkt, gelegentlich des Ausführ-
licheren zurück.)

Der Congreß spricht Herrn Dr. Travis durch Affirmation
den Dank aus und geht zur Tagesordnung über.

Higginson (Liverpool) beantragt eine Resolution zu Gunsten
der Aenderung des „Merchant Shipping Act“ und legt
besonderen Protest ein gegen die Streichung des Verbedlungs-
Paragraphe durch das Oberhaus.

Herr Plimsoll (der „Seemannsfreund“), welcher an der
Sitzung Theil nimmt und sehr warm empfunden wird, spricht über
die Stadien, welche das citirte Gesetz durchgemacht, und hofft,
daß die Arbeiter dasselbe zu bessern suchen und dahin trachten
werden, daß jede Verbedlung ungefehrlich erklärt werde. Die
beantragte Resolution wird angenommen.

Das Trade-System, welches noch in einigen Theilen Groß-
britanniens im Schwange ist, wird hierauf in einer Resolution
verdammt und das parlamentarische Comité beauftragt, in nächster
Session energische Schritte zu dessen Abschaffung zu thun.

Wirthwistle (Accrington) beantragt, daß dem parlamen-
tarischen Comité aufgetragen werde, das Wirken der „6. Rule“ (Ver-
ordnung), mit welcher der Justizminister das Arbeitsnehmer- und
Gebergesetz (Employer and Workmen's Act 1875) in's Leben
einführte, zu untersuchen und zu amendiren. Diese Verordnung
erlaube nämlich jedem auf Grund des erwähnten Gesetzes Ge-
klagten, vor Gericht und ohne vorherige Ankündigung eine Gegen-
klage und Gegenansprüche gegen den Kläger zu erheben. Diese
Regel werde wohl gegen Arbeitgeber ebenso wie gegen Arbeiter
angewendet, allein in den meisten Fällen schade sie doch Letzteren,
indem der Richter sofort summarisch entscheide, ohne dem Kläger
Gelegenheit zu geben, die plötzlich erhobenen Gegenansprüche zu
widerlegen oder zu entkräften.

Nach Unterstützung der Resolution durch Weiler und Jrl.
Simcox (London), welche letztere die beantragte Aktion aus-
nahmweise auch zu Gunsten der Frauen ausgedehnt wissen will,
wird dieselbe angenommen und zur Frage der „Arbeitervertretung
im Parlament“ übergegangen.

John Watkin (Birkenhead) verliest eine Abhandlung über
dieses Thema. Für's Erste — sagt er — sei jede Majoritäts-
herrschaft (obgleich als prinzipiell richtig zugegeben) tyrannisch,
wenn sie nicht aus einer Abstimmung hervorgegangen, welche
alle moralisch Wahlfähigen umfaßt. Zweitens sollen alle Klassen
(von der etablierten Klassegesellschaft kann sich das englische
Gehirn schwer trennen) und Interessen durch Männer vertreten
sein, die mit denselben eins und durch Geschicklichkeit, Erfahrung
und Charakter zu solchem Amte befähigt seien. Er macht die
Anomalie des gegenwärtigen Repräsentativsystems durch Ziffern,
welche dem „finanziellen Reform-Almanach 1875“ entnommen
sind, anschaulich. Danach seien in englischen Parlamente die
militärischen Interessen durch 314; die aristokratischen durch 169;
die offiziellen und ministeriellen durch 112; die magistratischen
durch 340; die juristischen (besser die der Advokaten) durch 117;
die der Welt- und Mäktlergeschäfte durch 25 (viel zu niedrig!);
die eisenbahnverwaltungsräthlichen durch 134; die literarischen
und wissenschaftlichen durch 60; die der Fabrikherren, Farmer,
Kaufleute, Schiffseigenthümer etc. durch 128 Repräsentanten ver-
treten. Die Arbeiter Großbritanniens seien durch zwei De-
putirte repräsentirt! (Die angeführten Ziffern bedeuten nicht
Stimmen, da die verschiedenen Repräsentanten in ihren man-
nigfachen Eigenschaften in mehreren Gruppen zugleich ansoo-

Davis (Birmingham) beantragt eine Resolution, welche es den Trades Unions und deren Mitgliedern zur gebieterischen Pflicht macht, Arbeitercandidaten für's Parlament aufzustellen und für deren Wahl zu wirken.

Self (London) findet das zu weitgehend und beantragt als Amendement, daß solche Männer unterstützt werden sollen, welche während sie die Interessen aller im Auge behalten, durch ihre Kenntnisse am meisten geeignet sind, für die Interessen der Arbeiter zu wirken.

Weiler (London, Deutscher) beantragt, der Congress solle erklären, daß kein Parlaments-Reformplan eine gerechte Vertretung der Arbeit erzielen könne, welcher nicht auf einer gleichen Berechtigung aller volljährigen Bürger (Manhood Suffrage) beruhe.

Auf Anträgen verschiedener Delegirten, sein Amendement gelegentlich der Diskussion des Landarbeiter-Stimmrechts vorzubringen, zieht Weiler dasselbe zurück, und es wird die Resolution Davis mit 73 gegen 9 Stimmen angenommen.

Am Abend desselben Tages veranstalteten die Mitglieder der Gewerkschaftsräthe von Newcastle und Gateshead ein Bankett zu Ehren des Congresses, auf welchem Herr George Howell, früherer Sekretär des parlamentarischen Comité, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistungen eine Dankadresse und eine Börse mit 250 Pfd. Sterl. überreicht wurde.

Freitag, zum Sekretär des parlamentarischen Comité für 1876-77 wird Herr Broadhurst (London) wiedergewählt. In's parlamentar. Comité die Herren: Shipton (Hausmaler, London), Odger (Schuhmacher, London), Prior (Zimmerer, Manchester), Bailey (Schneider, Preston), Kollen (Gewerkschaftsrath, Sheffield), Arch (Landarbeiter, Leamington), Burnett (Machinenbauer, London), Halliday (Grubenarbeiter, Bolton), Battersby (Gesellschaftsrath, Glasgow) und Knight (Kesselschmied, Liverpool).

Zum Congressort für nächstes Jahr wird Leicester (spr. Lesther) bestimmt.

Es wird hierauf durch Knight die Frage der Städterbeit zur Sprache gebracht und eine Resolution, empfehlend die Unterdrückung derselben, beantragt. Der Congress findet es jedoch für gut, nach kurzer Debatte auf Antrag Remnot's zur Tagesordnung überzugehen. Motiv: „Es sei unweise von Seite des Congresses, sich in die Frage, ob Stücklohn oder Zeitlohn, zu mischen.“

Die unvermeidlich wiederkehrende Resolution zu Gunsten schiedsrichterlicher und versöhnlicher Austragung von Gewerkschaftstreitigkeiten (Arbitration and Conciliation) wird angenommen worauf die Verhandlungen des Tages geschlossen werden.

Samstag. Ein Brief von Frh Schumann (London) kommt zur Verlesung, in welchem derselbe im Namen der Arbeiter-Gewerkschaften Dänemarks eine Verbindung derselben mit den englischen Trades Unions in Vorschlag bringt. Auf Antrag Broadhurst's wird der Brief dem parlam. Comité zur Behandlung zugewiesen.

Weiler beantragt, es sei das parlamentarische Comité zu beauftragen, jedes Mittel anzuwenden, um die Ausdehnung der Labour Laws 1875 auf die englischen Matrosen während ihres Aufenthalts in britischen Gewässern durchzusetzen. Angenommen.

Slatter (Manchester) verliest eine Abhandlung über das Coöperativ-System, in welcher er zum Schluß die ausgedehntere Anwendung desselben auf produktivem Wege empfiehlt (dem pari. Comité zugewiesen).

Birchmistle (Accrington) spricht über die Fabrikinspektoren. In Großbritannien seien 29,600 Fabriken und 87,290 (gehörtlich zu qualifizirte) Werkstätten, total also 116,890 Arbeitsplätze zu inspizieren. Für diese Thätigkeit seien 2 Oberinspektoren, 38 Unterinspektoren und 11 jüngere Assistenten vorhanden. Da die 2 „Oberen“ nur nach den Unteren blickten und selbst nichts inspizierten, blieben 49 Personen, von welchen auf jede 2385 Arbeitsplätze zu überwachen tämen. In Folge der Unzulänglichkeit dieses Personals seien die Fabrik- und Werkstätten-gesetze in den meisten Fällen todte Buchstaben. Es solle das parlamentarische Comité beauftragt werden, bei der Regierung eine ansiebendere Art der Gesetzesdurchführung zu beantragen. (Angenommen.)

Weiler's Antrag: „Der Congress erkläre, daß bloß ein gleiches Stimmrecht für alle volljährigen Bürger die gerechten Wünsche der Arbeiter befriedigen könne“, wird abgelehnt. Man könnte sich dadurch bei den „honetten“ Liberalen in Mißkredit bringen.

Resolutionen werden noch angenommen: Gegen die Verwendung von Soldaten in den Feldern zur Erntezeit; für die Verschmelzung von Stadt- und Landstimmrecht; für die Befreiung der Eigenschafts-Erfordernisse, welche es gegenwärtig den Arbeitern unmöglich machen, in die Gemeindevertretungen zu kommen, und endlich eine zu Gunsten der Lösung der orientalischen Frage durch ein europäisches Schiedsgericht.

Weiler's Antrag: „Der Congress erkläre, daß bloß ein gleiches Stimmrecht für alle volljährigen Bürger die gerechten Wünsche der Arbeiter befriedigen könne“, wird abgelehnt. Man könnte sich dadurch bei den „honetten“ Liberalen in Mißkredit bringen.

Nach den üblichen Dankes-Noten wird der Congress geschlossen.

Aus der Schweiz, 30. Oktober. (Congressbericht.) Der internationale Arbeitercongress hatte folgende Tagesordnung: 1) Hinzufügung eines Artikels an die Generalsatuten, einen an das Bundesbureau zu entrichtenden Kostenbeitrag einfühlend (spanischer Vorschlag). 2) Von der Gegenständigkeit in der revolutionären Thätigkeit (spanischer Vorschlag). 3) Gegenseitigkeitsvertrag unter den verschiedenen sozialistischen Organisationen (jurassischer Vorschlag). 4) Frage eines im Jahre 1877 abzuhaltenden Sozialistencongresses, zu dem alle Fraktionen der sozialistischen Partei eingeladen werden (belgischer Antrag). 5) Von den in der reorganisirten Gesellschaft herzustellenden Beziehungen zwischen den Individuen und den Gruppen (jurassischer Vorschlag). Im Uebrigen brachte die Section von Viois eine Frage zur Tagesordnung, welche wir unserselbst gerne auf derselben figurieren lassen möchten: „Von der Haltung der Internationalen gegenüber dem Kriege im Orient.“ Wir wollen zunächst noch im Wesentlichen die Verhandlungen wiedergeben, die die orientalische Frage betrafen.

Es darf nicht befremden, wenn in diesem Punkte die entgegengegesetzten Ansichten zum Ausdruck gelangten. Von der deutschen Internationale war ein durchaus ablehnender Standpunkt eingenommen. Diesen wie alle anderen Kriege betrachtet sie als eine naturnothwendige Ausgeburt der heutigen Gesellschaftszustände, der Klassenherrschaft, welche zur Niederhaltung des arbeitenden und darbenenden Volks immer und immer wieder zu dem Mittel großer Ueberlässe für das Volk und zu Weltkriegen greifen muß, welche die Aufmerksamkeit von der eigenen Befreiungsarbeit abzulenken. Hand diese Auffassung auch Anerkennung, so fehlte es doch auch nicht an Sympathien für die Kämpfer und Befreier. Mit Entschiedenheit aber per-

währte man sich gegen die russischen und englischen liberalen Thesen über die Grausamkeiten der Türken. Sie seien allerdings entsetzlich, aber die „Befreier“ wären die gleichen Barbaren und diejenigen, welche heute „meinen“, die ganze liberale Bourgeoisie hätte der Niederwerfung des Pariser Volks im Mai 1871 mit dem größten Entzücken zugegesehen. Mit großem Nachdruck warnte man die Vorkämpfer der Balkanhalbinsel vor der Härlichkeit des russischen Senats, dessen Thaten in Polen zu der Annahme berechtigten, daß die „befreiten“ Slaven unter Rußlands Schutz und Schirm ungleich schlimmer dran sein werden als unter dem türkischen Despotismus.

Die vom Congress zur Berichterstattung über die Debatte eingeleitete Commission schließt ihr einstimmig angenommenes (von uns bereits mitgetheiltes. N. d. B.) Referat folgendermaßen: „Lassen wir also den herrschenden Klassen ihren Krieg und setzen den unsrigen fort. Der unsrige ist der Krieg des Rechts gegen die Ungerechtigkeit, der Sittlichkeit gegen die Unsitlichkeit, der Arbeit gegen den Diebstahl.“

Die Berichte der verschiedenen Föderationen werden durch den der jurassischen eröffnet. Er begann mit der Aufzählung der in letzter Zeit in der Schweiz gemachten Fortschritte. Neue Sektionen sind in Yveron, Bruntrut, Montier, Järich, Basel, Lausanne und Bellinzona entstanden. So weit wir unterrichtet sind, gehören einzelne dieser Sektionen wie die von Lausanne der alten Genfer Internationale an. In Lausanne wird jedes Abweichen vom Programm der „internationalen Arbeiter-Assoziation“ als Grund des Ausschlusses betrachtet. Die jurassische Föderation bekennt sich offen zur Partei der Antiautoritären. Stets habe sie das Richtige der „parlamentarischen Politik“ nachgewiesen, und sie besagt es lebhaft, daß „unglücklichlicherweise“ noch „ein so großer Theil“ der schweizerischen Arbeiterklasse diesen Bestrebungen anhängen. Den Petitionen um Erlaß eines schweizerischen Fabrikgesetzes habe sie ihre Zustimmung verweigert, weil sie nicht für den Papierkorb der Bundesversammlung arbeiten wolle. Die jurassische Föderation äußert schließlich den Wunsch einer möglichst innigen Verschmelzung der verschiedenen Sozialistenfraktionen. Recht trübe Berichte sind es, welche die italienische, spanische und französische Föderation abtathen. Der italienische Bericht wurde vernichtet, um ihn vor der drohenden Beschuldigung durch die Polizei in Florenz zu retten. An Stelle desselben giebt Genosse Malatesta eine Reihe von Mittheilungen, die durch ihre lebhafteste Färbung und sympathische Vortragweise ungemein fesseln und höchst charakteristisch für die Zustände seines unglücklichen Landes sind. Was er bezüglich dieser Verhältnisse und der durch sie mit angeblih zwingender Folge bedingten Taktik der Sozialisten sagt, kehrt fast vollständig in dem spanischen und französischen Bericht wieder, die Verhältnisse sind überall die gleichen und in allen Ländern begegnen wir denselben brutalen Polizeiregiment. Die Lage in diesen Ländern, so führen die Berichte aus, sei eine solche, daß sich eine friedliche, legale Taktik ganz unmöglich erweise. Die brutalsten Verfolgungen, welche man gegen die Sozialisten verhängt, um sich die soziale Frage vom Hals zu schaffen, zwingen zu einer geheimen Organisation. Der Italiener Malatesta sagt besonders unter lebhafter Zustimmung des anwesenden Spanier Souchez Portillo (natürlich alles nicht die wahren Namen, weshalb wir damit keine Indiskretion zu begehen fürchten), „Hintenschüsse“ gegen die herrschenden Gewalten seien ihr einziges, absolut unentbehrliches „Propaganda-Mittel“ und beide, Spanier und Italiener, behaupten unter zweifelndem Kopfschütteln der deutschen Sozialisten, daß sie auch solche revolutionäre Kämpfe unternehmen müßten, von deren Erfolglosigkeit sie selbst zum Voraus überzeugt seien. Wenn die deutschen Sozialisten die Verhältnisse, das Volk dieser Länder gründlich kennen würden, dort geboren, also auch von dem feurigen Temperament dieser Bevölkerungen erfüllt wären, dann würden sie gerade so denken, ebenso handeln müssen. Der Italiener schließt, indem er noch kurz die tragikomische Geschichte des neulichen Congresses seiner Föderation erzählt. Die Polizei verhaftete Costa, Ratto und Grassi, Mitglieder der Correspondenz-Commission (nur so wollen die Italiener als Anti-Autoritären ihr Bundescomité benannt wissen) einige Tage vor dem Congress. Am Tage des Congresses waren dessen Localitäten schon von der Polizei besetzt. Daraufhin wurde der Congress auf einem Felde bei Florenz eröffnet, und als auch davon die Polizei Kenntniß erhielt, wurde er in einem Walde auf den Bergen zu Ende geführt. (Schluß folgt.)

Briefkasten
der Expedition. Donz Re Wien: 2 Monate R. B. kosten nebst Porto R. 1,20 = 75 kr. Herr. — A. B. S. Meron. Wir sind nicht für die Unpünktlichkeit Ihres Buchhändlers verantwortlich, abgesehen davon, daß derselbe nicht bei uns bestellt hat. Ist er Postabwesend, so hat er bei der Post und nicht bei uns zu reklamieren. — R. B. 44 ist am 27. Okt. an Sie abgegangen, folgt trotzdem heute nochmals nebst Nr. 10, 11, 12. Für Unregelmäßigkeiten oder Verläufe durch die Post sehen wir durchaus nicht. 3. 11. 76. Gruf. — Ernst Krzberg, Bielau. Ihre Reklamation haben wir der Post zur Nachlieferung übergeben. — R. Jung, Berlin. Alle unsere Verlagsartikel finden Sie bei der Expedition der „Freien Presse“, von wo Sie beziehen können. — C. Schmidt, Altona. Dr. nicht erhalten, „Fackel“ folgt.

Quittung. Gndr Köln Ann. 2,50. Nicht hier Schr. 10,00. Hlmg hier Ab. 1,60. Sängerbund Hlmsburg Ann. 2,90. Febr Gezel Ab. 3,10. Säger Hlorlau Schr. 0,75. Wahlverein Hannover Ann. 5,00. Schlingr Gohlis Ab. 0,60. Rhmn Wählheim Schr. 2,50. Brndt Wittweida Schr. 5,70. Arn Frankfurt Ab. 2,60. Gch Hamburg Ann. 3,05. Jhn Grohenstein Schr. 5,05. Hnl Freudenthal Schr. 4,91. Frhly Leoderadori Ab. 1,64. Winkl Bludenz Ab. 6,71. Zeitungverein hier Ann. 0,40. Rds hier Ab. 0,60. Bhlfs Neuschönefeld Ann. 5,45. Bgar hier Ab. 1,20. G. Wrlfd Steyr Ab. 2,07. Rndl Oberndorf Schr. 6,70. Hrbg Würzburg Schr. 25,00. Witt. Altona Ab. 22,50. Gg Freiberg Schr. 13,20. Hrn Ebersfeld Ab. 5,80. Jhn Gorden Schr. 6,60. Kpzhl Rlenburg Schr. 6,00. Arn Mainz Schr. 14,50. Drg Gießen Schr. 8,45.

Unterstützungsfond.
Som Arb.-Bild.-Ver. hier 22,90.

Anzeigen etc.
Die Fickel-Expedition des Herrn
F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J.
ist durch ein Uebereinkommen am Kopfe unseres Blattes angeschlossen worden. Die Gesandte vermittelt wie bisher alle unsere Blätter und Verlags-Artikel.
Die Expedition des „Vorwärts“.
Sonabend, den 11. November, Abends
8 Uhr, im Saale des Ballhofes:
Stiftungsfest
des sozialdemokratischen Wahl-Vereins
bescheid in Festsrede, gehalten von Hrn. Praack, Declamationen und Ball, unter Ighätiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Ferdinand“.
Alle Freunde und Parteigenossen sind dringend eingeladen. (2a)
Karten zum Concert à 30 Pfg., ganzes Fest à 75 Pfg. sind zu haben in den Veranstellungen bei H. Rudolph, Weichstraße 11 und bei der Festcommission. (S. 161) [3,60]
Tag-Veranstaltung-Comité.

Cöln. Allen Genossen zur Nachricht, daß sich am Orte eine **Zeitungs-Commission** constituirt, welche die nöthigen Vorarbeiten zur Gründung eines Localblattes zu treffen hat. Alle Mittheilungen in dieser Angelegenheit möge man an nachstehende Adresse gelangen lassen.
Für die Zeitungs-Commission:
W. Gindler, gr. Neugasse 26.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonabend, den 11. November, Abends 1/9 Uhr:
Versammlung, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: Unsere Schulen. Alle Mitglieder müssen erscheinen. „Union“ Nr. 2 wird ausgegeben. D. S. [60]

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.
Nächsten Sonntag, den 12. November:
Abendunterhaltung der Sänger
in der Roritzburg zu Gohlis. (2a)
Die Mitglieder und Freunde des Vereins sowie Parteigenossen ladet freundlichst ein Der Vorstand. [2,10]

Leipzig. Öffentliche Sozialistenversammlung
bei Pfeiffer, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Reichstagswahlagitation. Fragestunde. Der Agent. [50]

Ottensen. Mittwoch, den 8. November, Abends 1/9 Uhr,
in Burmeister's Salon:
Große Volksversammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hartmann aus Hamburg. B. Heerhold. [60]

Wandsbeck. Donnerstag, den 9. November, Abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bären“:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Vortrag und Wahl eines Wohl-Comités zu der bevorstehenden Reichstagswahl. (Zol. 321) [70]
In zahlreichem Besuch ladet ein W. Kluge.

11. sächs. Wahlkreis
Osch. Grimma, Wurzen und Umgegend.
Die Parteigenossen und Leser des „Vorwärts“ werden ersucht, behufs Abhaltung einer Conferenz für obigen Kreis in Unterzeichnetem in Verbindung zu treten. [80]
S. Geißler, Wurzen, Althof 150, I.
Sämmtliche Jahrgänge des „Volksstaats“ und „Demokratischen Wochenblattes“ complet und gut gehalten sind zu verkaufen. Näheres bei Schäfer, Gewandgäßchen 5, 4 Tr. [90]

Verlag von W. Brade jr. in Braunschweig.
1200] Preisconrant bei direkter Versendung (Arbeiterpreise).
Gegen baar oder Postvorschuß. Part.-Einzel-Verkauf.

Sebel K., Der deutsche Bauernkrieg (1 Bd. oder 3 Hefte)	R.	1,50	2,-
Sebel B., Der alte und der neue Jesuitismus. 4. Aufl.	„	—,25	—,40
— Briefe deutscher Vorkämpfer, (des) 5 Lieferungen	„	2,50	3,75
— (gut erhaltene Remitt.-Epl.) Ref. 1, 2, 3, 4, 5 je	„	—,25	—,40
— Reaktion in Deutschland gegen die Rev. v. 1848. 3. Aufl.	„	1,50	2,-
— Geschichte der Arbeiter-Agitation in Paris, 5 Hef.	„	2,-	3,-
— Karl Fourier. Mit Anhang: Das Familiensystem in Gasse	„	—,20	—,30
— Geschichte der revol. Pariser Kommune v. 1789-1794	„	1,50	2,-
— Blas B., Zur Geschichte der Kommune v. Paris. 2. Aufl.	„	—,25	—,40
— Die Revolution zu Mainz 1792 und 1793.	„	—,45	—,60
— Brade W., Der Braunschw. Aufstand in Vögen u. vor Gericht	„	1,-	1,25
— Der Kasselerische Vorkämpfer	„	—,30	—,50
— „Nieder mit den Sozialdemokraten!“	„	—,10	—,15
— do. (50 St. 4,00; 200 St. 12,50; 1000 St. 50,00)	„	—,50	—,75
— Complet gegen d. Intern. Arb.-Assoz. Uebers. v. S. Kotschy	„	—,75	1,-
— Debrind., Dr. Prosch Sievers gegen Bogel u. Falkenstein	„	—,35	—,50
— Geiser, Dr., Die Forderungen des Sozialismus. 2. Aufl.	„	—,40	—,60
— Depner, A., Meine 3 1/2 jährige Leipziger Polit.-campagne	„	—,60	—,75
— König, C., Schwarze Kabinette. Reich Ragn. u. B. Becker	„	—,25	—,40
— Kraiser, Dr. G., Anti-Schulabus (Gedicht) 100 Stück	„	2,-	—,05
— Lang, Dr. R., J. R. Schelle's Ordnungsmethoden	„	—,25	—,40
— Lassalle, Ferdinand, Antwortschriften	„	—,08	—,10
— Arbeiterprogramm	„	—,10	—,15
— Die Wissenschaft und die Arbeiter	„	—,15	—,20
— Criminalprozess 3. Heft	„	—,20	—,30
— Indirekte Steuern	„	—,20	—,30
— An die Arbeiter Berlins	„	—,10	—,15
— Ueber Verfassungskwesten. Was nun? Macht und Recht	„	—,20	—,30
— Mißstände, geh. von den Geschworenen in Düsseldorf	„	—,15	—,20
— Rosz, J., Die Pariser Kommune vor d. Berliner Gerichten	„	—,50	—,60
— Die Bastille am Pfingsten	„	—,50	—,60
— Otto-Walfer, A., Braunschw. Tage. Roman	„	2,-	2,50
— Am Weisheit der Zeit. Roman in 3 Bänden	„	2,-	2,50
— Eine mittelalterliche Internationale, Novelle	„	—,50	—,75
— Kranke Herzen. 2. Aufl. 2 Novellen	„	—,75	1,-
— Prange, John Os. Brown, der Regentelaud	„	—,75	1,-
— Rask, Dr. G., Die Freuden in Glast und Kohbringen	„	2,-	2,50
— Röhler, Die Pariser Kommune vor der Berl.-Kammer	„	—,20	—,30
— Röhler, Der bekehrte Nagelschmied 100 Stück	„	2,-	—,05
— Sed, Ed., Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	„	—,50	—,60
— Stradmann, Arbeiterbildung in Frankreich	„	—,50	—,75
— Volks-Kalender für 1875, gebestet	„	—,15	—,25
— Volks-Kalender für 1876, gebestet	„	—,15	—,25
— Volks-Kalender für 1877	„	—,30	—,50
— Zimmermann, R., Pfaffenstücke	„	1,20	1,60

Zu etwas höheren Preisen sind die Bücher auch durch den Buchhandel zu beziehen. Bei großen Partien, z. B. „Nieder mit den Sozialdemokraten“ in Zahlungen, oder dergl., besondere Vereinbarungen.
Dienstag, den 7. November, Nachmittags 5 Uhr,
Achtung! erfahren

Die Fackel

Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 3 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.
Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“. [150]

Märkischer Volksfreund
Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung der Provinz Brandenburg.
Erscheint jeden Mittwoch und Sonntag.
Man abonirt bei allen Postanstalten, für 60 Pf. für die Monate November und Dezember, ohne Bringerlohn.
Der Märkische Volksfreund ist eingetragen im XII. Nachtrag zur Zeitungs-Preis-Liste unter Nr. 2282a.
Freunde und Genossen der Provinz Brandenburg, die geneigt sind, für die Verbreitung dieser Zeitung zu agitiren, werden um Einsegnung ihrer Adressen ersucht.
Agitations-Nummern stehen in jeder Anzahl grati zur Verfügung.
Die Expedition.
Berlin S.-O., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.
Verantwortlicher Redacteur: H. Heintzeberg in Berlin.